

Der Autor macht dafür vor allem die begrenzte Reichweite der Reformen verantwortlich. Bis auf das Wahlrecht und teilweise die Geschäftsordnung habe sich der institutionelle Kontext des politischen Prozesses kaum verändert. Zu diesem zählt er außer der Verfassungsordnung auch die politische Kultur, das heißt die tief verwurzelten Traditionen, Identitäten, Ordnungsvorstellungen und Handlungsorientierungen der politischen Akteure. „Die Auswirkungen der Veränderungen im Parteiensystem,“ so sein Fazit, „trafen also im zentralen politischen Entscheidungssystem auf eine von gänzlich anderen Normen und Prinzipien geprägte Umwelt, die sie assimilierte, filtrierte und abmilderte, wenn nicht gar in Teilen abprallen ließ.“ Dem ist voll zuzustimmen. Die „Zweite Republik“ unterscheidet sich daher in der Praxis kaum von ihrer Vorgängerin. Es ist daher auch wenig sinnvoll, für die Umbruchphase der Jahre 1993/94-1996 den Begriff der Transition zu benutzen, wie es der Autor in Anlehnung an die italienische Politikwissenschaft tut. Mit diesem Begriff wird in der internationalen Fachliteratur allgemein der Übergang von der Diktatur zur Demokratie in Südeuropa sowie in Lateinamerika in den 1970er Jahren bezeichnet. Da dieser Übergang in Italien bereits in den Jahren 1943-1945 erfolgte und die 1946/47 geschaffene Verfassungsordnung trotz mehrerer Anläufe bisher nicht reformiert wurde, scheint es sinnvoller, von Transformation zu sprechen. Diese ist als Prozess zu verstehen, der noch keineswegs abgeschlossen ist, wie das erneute Aufleben der Verfassungs- und Wahlsystemdebatte nach dem erzwungenen Rücktritt der vierten Regierung Berlusconi im November 2011 zeigt. Zum Verständ-

nis dieses komplexen Prozesses leistet die vorliegende Arbeit einen wertvollen Beitrag. Sie ist solide recherchiert, gut argumentiert, klar und verständlich geschrieben, ausführlich dokumentiert und trotz ihrer sehr differenzierten Beweisführung und ihres umfangreichen Literaturanhangs nicht überlang (384 Seiten) So sollten Qualifikationsarbeiten sein. Bravo!

Roland Höhne

Röhrich, Wilfried. *Rückkehr der Kulturen. Die neuen Mächte in der Weltpolitik*. Baden-Baden. Nomos 2010. 103 Seiten. 19,00 €.

Wilfried Röhrich hat ein schmales Buch über die Rückkehr der Kulturen in den Internationalen Beziehungen vorgelegt. Der Titel des Buches regt das Interesse des Lesers an, zumal das Schlagwort der Kultur seit Samuel Huntingtons „Kampf der Kulturen“ nicht nur in akademischen Kreisen an Bedeutung gewinnt, sondern auch den öffentlichen Diskurs in der Form des Strebens nach einem Dialog der Kulturen bestimmt. Allerdings ist der Titel irreführend. *Röhrich* widmet sich mitnichten einer Definition von Kultur – in Abgrenzung zu anderen territorial gebundenen Akteuren der Internationalen Beziehungen –, noch erklärt er, warum der Begriff der Kultur wieder weltpolitische Relevanz erlangt. Erkenntnisleitend ist vielmehr der Untertitel. *Röhrich* bietet einen historischen Abriss der politischen Geschichte der neuen Mächte in der Weltpolitik an. Für ihn sind dies Russland, China und Indien.

In diesem historischen Abriss liegt auch der unbestreitbare Nutzen für den Leser. Trotz der Kürze des Buches

gelingt *Röhrich* eine dichte Beschreibung der russischen, chinesischen und indischen Herrschaftsgeschichte. Dadurch eignet sich das Buch hervorragend für Studierende der Politik-, Kultur- oder Regionalwissenschaften als erste Einführung in die politische Geschichte dieser drei Staaten. Es bietet eine Orientierungshilfe, deren lange und breite Geschichte zu fassen und gibt Anreize, sich tiefergehend mit Russland, China und Indien zu befassen. Eine Herrschaftsgeschichte ist dieses Buch insofern, da die Geschichte der Entstehung und Einigung dieser Staaten chronologisch über die Taten der herrschenden Elite aufbereitet wird. Die Leser erfahren so mehr über die „göttingianische Seele“ Peters des Großen, die imperialen Bestrebungen Katharinas der Großen, über den ersten Kaiser Chinas, Qín Shǐhuángdì, dessen vor gut 40 Jahren wiederentdeckte Terrakottaarmee noch heute von seiner Machtfülle, aber auch von seinem Größenwahn zeugt, und über die Bedeutung Ashokas für die Einigung des indischen Subkontinents. Eine umfassendere Wirtschafts- oder Sozialgeschichte kann dieses Buch auf Grund der Kürze jedoch nicht bieten. Besonders hervorzuheben ist in dieser dichten Beschreibung, dass *Röhrich* es gelingt, die Rolle der Religionen und Sinnordnungen für die Entwicklung dieser Staaten mit zu verweben. Orthodoxes Christentum, Hinduismus, Buddhismus, Islam und der Konfuzianismus spielen zweifellos eine große Rolle für den Zusammenhalt dieser Vielvölkerstaaten. Dies könnte zu der Annahme verleiten, dass *Röhrich* Kultur vor allem religiös-dogmatisch eingrenzt und definiert, doch führt er dies nicht näher aus. Die Eingrenzung von Kultur als Religion wäre auch, zumindest im

Falle von Indien, problematisch, da die Geschichte des indischen Subkontinents bereits seit dem 11. Jahrhundert vom Dualismus zwischen Hinduismus und Islam geprägt ist. Als ausschließlicher Erklärungsansatz für die Einigung und Aufstieg dieser drei BRICS-Staaten eignet sich die Religion demnach nicht. Trotz der Vorzüge von *Röhrichs* Buch, die gerade Studienanfänger ansprechen dürften, darf der eingangs erwähnte Kritikpunkt nicht unerwähnt bleiben. *Röhrich* bietet keinen substantiellen Beitrag, das Kulturkonzept weiter für die Internationalen Beziehungen zu definieren und zu operationalisieren. Wirft man einen Blick in andere Sozialwissenschaften, so ist zu konstatieren, dass Kultur vor allem als „Phänomenzusammenfassung“ (Niklas Luhmann) verstanden wird. Mit dem Begriff der Kultur umschreiben wir Phänomene menschlichen Zusammenlebens, die mit Hilfe von verschiedenen Medien geformt, umschrieben, reflektiert und nicht zuletzt verändert werden. Eine Kultur als symbolische Ordnung von Phänomenen ist daher immer operativ zu verstehen, da die immaterielle Existenz von Kultur nur so lange existiert, so lange Menschen in einem spezifischen Kommunikationsverhältnis stehen. *Röhrich*, so scheint es, verfolgt jedoch einen kürzer greifenden Kulturbegriff, der den flexiblen und temporären Charakter der Kultur einzugrenzen versucht (Kultur als Container). Mit welchem Mittel dies geschieht, ist in seinem Buch widersprüchlich. Der Leser ist durch die Einteilung in die drei weltpolitisch aufstrebenden Staaten Russland, China und Indien geneigt, Kultur als räumliche Entität aufzufassen, die sich linguistisch und religiös von anderen Kulturcontainern abgrenzt.

Darüber hinaus versäumt es Röhrich, zu einem tieferen Verständnis darüber zu gelangen, inwiefern Geschichte (oder Kultur?) heute von den herrschenden Eliten zu deren Machterhaltung instrumentalisiert werden. Gerade China würde sich für eine Analyse anbieten, denn die chinesische kommunistische Partei hat in den letzten Jahren ihre Bemühungen intensiviert, durch eine Instrumentalisierung der Geschichtsschreibung ihre Macht zu sichern. Der massive Ausbau der Konfuzius-Institute und staatlich geförderter Monumentalfilme wie „Confucius“ und „Red Cliff“ sind nur Beispiele der Oktroyierung eines Geschichtsbildes mit dem Ziel, öffentliche und akademische Debatten zu monopolisieren. Letztlich wirft Röhrichs Titelauswahl auch eine Frage auf, deren Beantwortung gerade im Interesse postkolonialer Ansätze sein müsste. Wenn Kultur als Container aufgefasst und als Synonym mit einem Nationalstaat gebraucht wird, wie dies Röhrich tut, dann irritiert die Betonung ihrer Rückkehr. Haben die Staaten Europas und die USA, die bis vor wenigen Jahren weltpolitisch den größten Einfluss ausgeübt haben und dies zum Teil noch tun, keine Kultur im Sinne Röhrichs? In anderen Worten, ist der Aufstieg Russlands, Chinas und Indiens nur positiv zu bewerten, und weisen deren außenpolitische Machtbestrebungen eine höhere Legitimation auf als diejenige, die zuvor bei den „westlichen“ Staaten zu verzeichnen war? Es geht hier nicht darum, das koloniale Erbe Europas zu relativieren. Keine Frage, auch die deutsche Politikwissenschaft tut gut daran, dieses Erbe weiter aufzuarbeiten. Gleichzeitig sollte, bei allem Verständnis, eine kritische Analyse, die sich nicht in Dichotomien von Gut und Bö-

se ergeht, Ziel jeglicher politikwissenschaftlichen Betätigung mit diesen Staaten sein. Auch auf Grund der Kürze kann Röhrichs Buch dies nicht leisten.

Felix Rösch

Van Parijs, Philippe. *Linguistic Justice for Europe and for the World*. Oxford, New York. Oxford University Press 2011. 320 Seiten. £ 27,50/35,99 €.

Van Parijs wendet sich mit *Linguistic Justice* einem Thema zu, das bisher größtenteils im Zusammenhang mit Theorien des Multikulturalismus behandelt wurde. Er erhebt den Anspruch, eine umfassende Theorie europäischer und globaler linguistischer Gerechtigkeit zu formulieren, die auf der normativen Prämisse beruht, dass „justice today must be conceived as global egalitarian justice“ (37).

*Linguistic Justice* ist in sechs Kapitel, eine kurze Einleitung und Konklusion gegliedert. Im 1. Kapitel wird die empirisch-analytische Grundlage für die nachfolgende normative Untersuchung gelegt: Auf der Basis von Daten über die Verbreitung von (Fremd-) Sprachkompetenzen und Modellierungen sozialer Mechanismen, wie der Entscheidung für das Lernen einer Fremdsprache oder die Wahl einer Sprache zwischen multilingualen Sprechern, prognostiziert der Autor, dass sich die Kompetenz in Englisch weiter ausbreiten wird und sich so eine europäische und globale *Lingua franca* entwickeln könne. Eine *Lingua franca* sei „any language widely used for communication between people with different mother tongues, whether or not it enjoys an exclusive or privileged official status“ (9). Van Parijs begrüßt diese Entwicklung und plädiert für ihre Förderung,